

BERICHT ZUM HERBSTSEMINAR „RESSOURCEN – MENSCHEN – RECHTE“ VON KKM UND INISA IN BERLIN

ES GIBT VIEL ZU TUN FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Beim Thema Menschenrechte denkt man nicht zuerst an Mosambik. Da gibt es andere Staaten innerhalb und außerhalb Afrikas, die durch Folter, Völkermord, Kinderarbeit oder katastrophale Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne die internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dennoch hatten der Koordinierungskreis Mosambik (KKM) und die Initiative Südliches Afrika (INISA) für das diesjährige Herbstseminar die Menschenrechte in den Mittelpunkt gestellt. Um es vorwegzunehmen: Das Seminar zeigte deutlich, wie wichtig es ist, in jedem Land auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten. Je früher Verletzungen benannt werden, je eher kann man sie bekämpfen, je besser lässt sich verhindern, dass ihre Missachtung irgendwann zu einem traurigen Standard auch dort wird, wo hoffnungsvolle Anfänge dies nicht erwarten ließen.

Von Christa Schaffmann

Die Veranstalter – der KKM und INISA – hatten mit dem Thema und einer Reihe interessanter ReferentInnen sowie KleingruppenleiterInnen für die Veranstaltung geworben. Mit Erfolg, wie die etwa 85 Teilnehmenden am Seminar im Wannseeforum in Berlin erkennen ließen. Sie kamen aus Nord-, Süd-, Ost- und Westdeutschland, aus der Schweiz und natürlich aus Mosambik. Der kleinste Gast hatte noch Probleme mit dem Laufen, die älteste Teilnehmerin mochte die 70 erreicht haben. Für mich war es eine Premiere, auch wenn mein Interesse an Afrika im Allgemeinen und Mosambik speziell schon Jahrzehnte anhält. Ich war sehr neugierig, wen ich dort treffen würde und hocherfreut über eine interessante Mischung von Menschen, die beruflich mit Mosambik zu tun haben oder hatten, Studierende, die einige Zeit im Land gelebt und dabei gearbeitet oder Portugiesisch gelernt haben, MosambikanerInnen, die es nach Europa verschlagen hat und die inzwischen in Deutschland oder der Schweiz leben, dem Herkunftsland, aber nach wie vor verbunden sind und andere mehr.

Das Programm ließ ausreichend Zeit, sich kennen zu lernen, zu vernetzen, miteinander zu diskutieren, egal ob über die Stille, die einem Großstadtmenschen am abendlichen Wannsee fast unheimlich ist, oder über die prekäre Situation einer arbeitslosen Ethnologin in Deutschland und nicht zuletzt über die angesichts der bunten Teilnehmendenmischung nicht überraschende doch bisweilen sehr unterschiedliche Sicht auf das Thema und angrenzende Fragestellungen. Es war ein manchmal wissenschaftlicher, manchmal eher praktischer, bisweilen zwischenmenschlicher Gedankenaustausch, der sich Freitag und Samstag bis in die Nachtstunden erstreckte, den Seminarstart am folgenden Morgen aber nicht beeinträchtigte. Dank an dieser Stelle allen OrganisatorInnen und HelferInnen aus beiden Organisationen!

WACHSTUM VS. ENTWICKLUNG

Als Referenten erlebten wir Luis Muchanga vom mosambikanischen Kleinbauernverband UNAC (União Nacional de Camponeses de Moçambique), der über die aktuelle Menschenrechtssituation berichtete, Forderungen und Strategien der Zivilgesellschaft vorstellte und in seiner Präsentation eines deutlich machte: Mosambik hat ein gutes Landgesetz, aber das beste Gesetz nützt nichts, wenn es nicht eingehalten wird. Er brach mit großem Engagement eine Lanze für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die im Interesse von Großprojekten von ihren Äckern vertrieben werden, woanders ohne moderne Technik, nur mit Hacken in der Hand, Boden urbar machen sollen, deren Lebensbedingungen schwer sind und die unter diesen Umständen gerade mal sich und ihre Familien ernähren, aber kaum zur Ernährung der Bevölkerung oder gar zum Export landwirtschaftlicher Produkte beitragen können. Ziel müsse die Selbstversorgung Mosambiks sein, so Muchanga, der in seinem Vortrag sehr gut zu differenzieren wusste, was Bruttoinlandsprodukt, was Wachstum und was im Unterschied dazu Entwicklung ist. Insofern teilte er die Begeisterung einiger Medien über durchschnittlich acht Prozent Wachstumsrate nicht. Die große Mehrheit der 22 Mio. MosambikanerInnen ist arbeitslos. Viele Großprojekte bedeuteten nicht, dass tatsächlich dauerhaft Arbeitsplätze für MosambikanerInnen geschaffen werden. Ich bin sicher, viele der Teilnehmenden hatten in den Nachrichten von den Protesten gegen den brasilianischen Bergbaukonzern Vale gehört und auch von den Unruhen unter den Bäuerinnen und Bauern angesichts der Investitionen eines niederländischen Pensionsfonds in ein angeblich soziales Unternehmen, das aber auf Landraub hinausläuft. Diese Ereignisse von einem Zeugen geschildert zu bekommen und nachfragen zu können, machte jedoch einen

großen Unterschied und bereicherte das Seminar sehr.

PROBLEME BEI POLIZEI UND JUSTIZ

Ulrich Fehling von Amnesty International, Sprecher der Koordinierungsgruppe portugiesisch- und spanischsprachiger Länder Afrikas, referierte über die Lage in Mosambik bezogen auf bürgerliche und politische Menschenrechte. Er kündigte einen inzwischen erschienenen Bericht von AI zu den Bedingungen in der Justiz und den Gefängnissen mit neuesten Daten an und gab vorab daraus einige Informationen (Zusammenfassung des Berichts siehe S. 39–40). Fehling berichtete von unverhältnismäßiger Gewalt bei Polizeieinsätzen, u. a. gegenüber Flüchtlingen aus anderen afrikanischen Staaten, von Übergriffen auf JournalistInnen, willkürlichen Verhaftungen und mangelndem Zugang zu Anwälten. Verhaftete erhielten oft keine Informationen zu ihren Rechten oder zum Fortgang ihres Verfahrens. Viele verbrachten lange Zeit im Gefängnis, ohne dass es zu einem Prozess komme, und dürften auch dann nicht mit Entschädigung rechnen, wenn sich am Ende ihre Unschuld herausstellte. Gesetzlich sei das alles nicht, aber Gesetz und alltägliche Praxis lägen weit auseinander. So könnte es vorkommen, dass jemand ohne Haftbefehl verhaftet wird, keinem Untersuchungsrichter vorgeführt wird, länger in U-Haft verbleibt als das Strafmaß bei einer Verurteilung betragen würde oder nach Verbüßung seiner Strafe nicht entlassen wird. Auch Kinder würden entgegen gesetzlicher Vorschriften festgenommen – zum Teil aus Willkür, zum Teil, weil sie nicht nachweisen können, wie alt sie sind und eine für solche Fälle vorgesehene medizinische und sozialmedizinische Untersuchung unterbleibt. Die in Mosambik tätigen 300 RichterInnen (für 22

Millionen EinwohnerInnen) seien stark überlastet. Durch den „Menschenrechts-TÜV“ seien 131 Empfehlungen an die mosambikanische Regierung gegeben worden; die Umsetzung verlaufe schleppend.

In den 81 Gefängnissen Mosambiks gebe es insgesamt 6.500 Plätze. Sie seien mit rund 17.000 Inhaftierten total überbelegt, was die ohnehin schlechten Haftbedingungen z. B. hinsichtlich der sanitären Versorgung weiter verschlimmere. Die ärztliche Versorgung sei nicht ausreichend, ebenso wenig die mit Nahrung. Letztere werde zum Teil von den Angehörigen aufgebessert. Auch Fälle von Misshandlungen durch Aufseher oder Mitgefangene seien bekannt. Fehling setzte sich dafür ein, die Regierung auf diese Situation kritisch anzusprechen. Er berichtete auch von dänischer und niederländischer Unterstützung bei der Ausbildung von Polizisten, die oft zu geringe Rechtskenntnisse besitzen.

Dritte Referentin war Dr. Julia Duchrow von „Brot für die Welt“ (siehe auch Beitrag Seite 33–34), die über Menschenrechte im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Interessen, Unternehmensverantwortung und nachhaltiger Entwicklung sprach.

MEINE PERSÖNLICHEN HIGHLIGHTS

Was waren meine ganz persönlichen Highlights? Ich beginne mit einer jungen Dame im zarten Alter von sechs Jahren, die sich nach Fehlings Vortrag meldete. Sie hatte ihm offenbar sehr genau zugehört, sich die Kinder in den Gefängnissen vorgestellt oder die Familien, aus denen Mütter oder Väter im Gefängnis saßen, ohne dass die Angehörigen wussten, wann sie jemals entlassen würden. „Ich habe eine Frage“, sagte sie. „Wer macht denn da eigentlich etwas falsch?“ Mit anderen Worten, sie wollte wissen, wer die Schuld an diesen Zuständen trägt und hatte damit eine der schwierigsten Fragen des ganzen Seminars gestellt. Ich weiß nicht, ob die ehrliche Bemühung um eine angemessene Antwort die Fragestellerin befriedigte. Ich weiß nur, viele gingen anschließend sehr nachdenklich zum Abendessen.

Ganz stark empfand ich auch die von Jule Reimer sachkundig moderierte Podiumsdiskussion am letzten Seminartag mit Dr. Julia Duchrow, Prof. Elisio Macamo, Luis Muchanga und Andreas Wenzel von SAFRI (Südliches Afrika Initiative der deutschen Wirtschaft). Sie trug den Titel „Recht auf Entwicklung vs. Recht auf Menschenrechte?!“ Andreas Wenzel räumte ein, dass er vor wenigen Jahren kaum einer Einladung des KKM gefolgt wäre. Inzwischen gebe es im Zusammenhang mit Menschenrechten so etwas wie ein Reputationsrisiko. Korruptionsvorwürfe hätten einige Unternehmen in die Schlagzeilen gebracht. Er nennt es eine Lernkurve, die Unter-



Angeregte Debatte bei der Podiumsdiskussion: v.l.n.r. Andreas Wenzel (SAFRI), Luis Muchanga (UNAC), Petra Dietrich (Dolmetscherin)
Foto: Peter Steudtner / panphotos.org

nehmen durchlaufen, und ich frage mich bei der Vorstellung einer Kurve, wohin sie führt, ob nicht womöglich ins Abseits. Bei Kurven weiß man das ja nicht so genau.

DEUTSCHE UNTERNEHMEN IN DER „LERNKURVE“

In seinen weiteren Diskussionsbeiträgen macht er jedoch deutlich, dass es schon im Sinne des Menschenrechtskonzepts des BMZ um die Achtung bestimmter Standards geht. Allerdings sei die deutsche Industrie wenig betroffen. Sie baue in Mosambik keine Rohstoffe ab, spiele wie Europa überhaupt eine immer weniger bedeutende Rolle auf dem Kontinent. Die Süd-Süd-Zusammenarbeit gewinne stattdessen an Bedeutung. Und dabei suche sich Mosambik seine Partner selbst aus, häufig die mit den niedrigsten Standards. In Namibia habe ein deutscher Investor vorgeführt, wie durch ausländische Investitionen (in diesem Fall in ein großes Zementwerk) Arbeitsplätze für die indigene Bevölkerung sowie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Das sei auch deshalb möglich, weil die namibische Regierung solche Investitionen will. Die Einhaltung von Standards erfordere seines Erachtens einen starken Staat vor Ort, weil nun mal der Staat die Rahmenbedingungen für Investitionen setze. Deutsche Unternehmen, argumentiert Wenzel, setzen auf Verankerung in der lokalen Wirtschaft. Je stärker die wertschöpfende Industrie in afrikanischen Staaten wachse, je besser. So entstünden Märkte mit Bedarf an Maschinen, was für Deutschland als Exportland sehr wichtig sei. Er wehrt sich dagegen, dass Unternehmen auf die Einhaltung von Standards drängen und sich womöglich bei Nichteinhaltung aus Regionen zurückziehen sollen. Stark nachgefragte Rohstoffe kämen dann nur auf anderen Wegen an die Abnehmer – siehe Coltan aus dem Kongo, das in

Ruanda um-etikettiert werde und dann als sauberes Produkt auf den Markt gelange. Trotzdem versuche die deutsche Industrie, die Quellen von Rohstoffen exakt auszumachen.

VERANTWORTUNG DES STAATES

Seine Ausführungen bleiben nicht unwidersprochen. Julia Duchrow betont die Bedeutung von Regeln, weil genau dann die von Andreas Wenzel erwähnte Entscheidung für Investitionspartner mit schlechten Standards verhindert werden könne. Bei allem Verständnis für das von Wenzel erwähnte Reputationsrisiko, wolle sie nicht unerwähnt lassen, dass zurzeit noch wesentlich öfter die AfrikanerInnen kriminalisiert würden als die InvestorInnen. Auch Elisio Macamo ist nicht damit einverstanden, die ganze Verantwortung einem starken Staat vor Ort zuzuweisen. Ebenso wichtig sei eine starke Zivilgesellschaft, die die Einhaltung von Normen einfordere. Ansonsten sieht er die Gefahr, dass Regierungen nur noch ausführende Organe für internationale Verträge und Konventionen seien, egal, ob diese dem Land dienen oder nicht. Luis Muchanga räumt ein, dass die Einhaltung von Menschenrechten Geld kosten kann. Da er Zweifel hat, ob InvestorInnen dieses Geld ganz freiwillig aufbringen werden, möchte er, dass die Zivilgesellschaft in die Lage versetzt wird, Rechte zu verhandeln. Das verlange eine Qualifikation auf diesem Gebiet. In der Praxis säßen heute fünf hochqualifizierte AusländerInnen einem/r juristisch wenig qualifizierten MosambikanerIn gegenüber, wenn es denn überhaupt zu Konsultationen komme.

INDUSTRIE SETZT AUF SELBSTKONTROLLE

Zum Disput kommt es auch in Sachen Beschwer-



Kleingruppenarbeit mit Elisio Macamo zum Thema Menschenrechte in Mosambik – Thema in der Politik? Foto: Andreas Baumert



Musik und Tanz am Abend mit der Band Xingombela. Foto: Peter Steudtner / pamphotos.org

demechanismus. Während Wenzel die Verantwortung dafür beim mosambikanischen Staat sieht, verweist Duchrow auf Beschwerdemechanismen bei der OECD und der Weltbank. Sie verstehe nicht, wieso das bei der Wirtschaft nicht genau so funktionieren könne und diese auf individuellen nichttransparenten Prüfmechanismen beharre. Elisio Macamo sieht das Problem noch etwas anders. Der beste Beschwerdemechanismus ist seines Erachtens die Demokratie. Alles andere überfordere die mosambikanische Gesellschaft. Ansprechpartnerin für die deutsche Zivilgesellschaft in diesen Fragen solle die mosambikanische Zivilgesellschaft sein, „aber nicht die, die von der deutschen Zivilgesellschaft lebt“. Er ist gegen internationale Standards, bevor die Entwicklung der mosambikanischen Gesellschaft

weiter vorangeschritten ist. Aus dem Publikum kommt ein Einwurf, wonach das Problem weniger in Afrika zu diskutieren sei als in Europa. Wo herrsche denn der Hunger nach Profit und Rohstoffen? An der Quelle der Probleme sollten diejenigen ansetzen, die meinen, moralisieren zu müssen.

„WIESO SOLLEN WIR WERDEN WIE IHR?“

Überhaupt zeichnete sich das Seminar durch eine große Diskussionsfreudigkeit aus. Und damit meine ich nicht die VielrednerInnen, die es bei jeder Veranstaltung dieser Art gibt, sondern die Vielfalt der Meinungen, die Ernsthaftigkeit der

Bedenken, wenn z. B. ein Teilnehmender seine berechtigte Sorge darüber äußert, dass Menschenrechtsfragen missbraucht werden könnten bzw. bereits missbraucht werden, um in Wahrheit ganz anders motivierte Interventionen von außen zu starten, dass der Begriff der Souveränität immer mehr ausgehöhlt werde und damit völlig neue völkerrechtliche Probleme auftauchen. Oder wenn Mosambikaner einwenden, dass sie eigentlich nie gefragt worden seien, ob sie sich im Sinne der westlichen Industriestatten entwickeln wollen, was sie überhaupt unter Entwicklung verstehen und wieso man ihnen angeblich allgemeingültige Regeln überstülpen will. Oder wieso sie und andere afrikanische Staaten den so genannten Geberländern und ihren aktuellen Empfehlungen vertrauen und ihren Forderungen folgen sollen, nachdem alle von diesen in der Vergangenheit empfohlenen bzw. eingeforderten Strukturanpassungsprogramme jämmerlich gescheitert sind.

GUTE ATMOSPHÄRE IN DEN ARBEITSGRUPPEN

Unbedingt erwähnenswert die Arbeitsgruppen unter Leitung von Luis Muchanga und Peter Steudtner, Prof. Elisio Macamo vom Zentrum für Afrikastudien an der Universität Basel, Heiko Hansen von FIAN, Dr. Karin Fiege von der Berliner Humboldtuniversität und Rainer Maehl, der mit einem Film über eine Begegnungsreise aus mosambikanischer Sicht die AG 5 zu „Partnerschaft auf Augenhöhe – geht das?“ bereicherte. Ich bin sicher, die AG-LeiterInnen hätten auch gute ReferentInnen abgegeben, so mussten die Teilnehmenden sich schweren Herzens für eine der AGs entscheiden. Umso spannender war der Austausch danach, bei dem sich jeweils zwei Teilnehmende anhand vorgegebener Fragen über die von ihnen besuchten AGs informierten. Die Idee war originell, das Ergebnis aus meiner Sicht suboptimal, für die Berichterstattung taugte sie nicht.

Es ist Sonntagmittag. Das Seminar geht dem Ende entgegen, dabei gäbe es noch so vieles zu diskutieren. Vor dem allgemeinen Aufbruch sorgen die Kinder für einen letzten Höhepunkt. Sie haben sich unter fürsorglicher Anleitung von Denise Baldauf und Aurora Rodriguez ein Märchen ausgedacht, dies inszeniert, gespielt und fotografiert. Es handelt von Schneewittchen und Rapunzel, einem entführten Rumpelstilzchen und einem Wachzwerg, einer Meerjungfrau und einer Schildkröte. Die DarstellerInnen müssen zum Teil nacheinander in mehrere Rollen schlüpfen und geben ihr Bestes. Hollywood hat noch nicht angefragt, aber wer weiß ...

Christa Schaffmann ist freischaffende Journalistin und hat viele Jahre u. a. für die Berliner Zeitung aus dem subsaharischen Afrika berichtet.